

Die E-Mail-Debatte

«Die Realität ist umgekehrt: Weltweit werden Kernkraftwerke gebaut»

Für Gregor Rutz ist die Energiestrategie nur eine unehrliche politische Träumerei. Jacqueline Badran ist erbost über diesen Mangel an vorausschauendem Denken

Jacqueline Badran

Werter Herr Rutz, unsere Stromkonzerne melden hohe Verluste, die Handelspreise sind im Keller, und überall klaffen Deckungslücken in Milliardenhöhe bei den Versorgungs- und Stilllegungsfonds. Die Atomtechnik ist nicht nur technologisch am Boden, es herrscht auch ein finanzieller GAU. Genau davor warnen wir von der SP seit über 35 Jahren eindringlich. Merken Sie langsam auch, dass wir aus der Atomkraft aussteigen und uns von der Auslandsabhängigkeit beim Öl und beim Gas lösen müssen? Und dass die Zukunft den erneuerbaren Energiequellen gehört?

Gregor Rutz

Liebe Frau Badran, unser Land und unsere Wirtschaft brauchen eine funktionierende, sichere und günstige Stromversorgung. Da helfen SP-Träumereien nicht weiter. Weit über ein Drittel des Stroms in der Schweiz stammt aus Kernkraftwerken. Sie haben doch nicht ernsthaft das Gefühl, man könne dies durch Windrädchen und Solarpanels ersetzen? Die sogenannte Energiestrategie, die wir im Parlament diskutieren, will noch mehr staatliche Subventionen. Der Energieverbrauch soll durch Lenkungsabgaben künstlich verteuert werden. Diese Vorlage ist nicht nur falsch, sondern auch völlig überholt: Der Bundesrat ging damals von einem Anstieg der Preise für fossile Energieträger und für Elektrizität aus. Heute ist es genau umgekehrt - Sie erwähnen es ja selbst.

Jacqueline Badran

In der Politik sind wir im Business mit der Zukunft und nicht mit der Vergangenheit. Gerade die Energieinfrastruktur hat enorm lange Investitionszyklen, weshalb jetzt die Weichen zu stellen sind. Innerhalb eines Zeithorizonts von 20 Jahren und mehr werden die Ölpreise massiv steigen und niemand wird in AKW investieren. Die Energiekonzerne können nicht einmal Stilllegung und Entsorgung finanzieren. Um den Zubau von Erneuerbaren und eine gesteigerte Effi-

Debattierer



Jacqueline Badran, 53, ist Nationalrätin der SP aus dem Kanton Zürich. Die Biologin und Ökonomin führt ein eigenes Unternehmen im IT-Bereich.



Gregor Rutz, 43, ist SVP-Nationalrat aus dem Kanton Zürich. Der Jurist ist Unternehmer und Inhaber einer Agentur für Kommunikationsberatung.

zienz kommt die Welt nicht herum. Machen Sie also nicht auf Realitätsverweigerung.

Gregor Rutz

Die Realität ist umgekehrt: Weltweit werden Kernkraftwerke gebaut - ausser in der Schweiz und in Deutschland. Die Engpässe, welche wir im Bereich der fossilen Energie früher oder später haben werden, müssen wir auffangen. Wir brauchen genau dann Strom, wenn er aus Wind und Sonne nicht geliefert werden kann. Und Sie meinen, ein Technologieverbot sei ein zukunftsweiser Entscheid? Die heutige Situation ist unsicher: Stromübersorgung, Preiszusammenbruch und eine enorme Bevölkerungsentwicklung. In solch unsicheren Situationen ist es nicht ratsam, strategische Entscheide für mehrere Jahrzehnte zu fällen.

Jacqueline Badran

Unsinn - vor vier Jahren haben Sie noch über die drohende Stromlücke gejammert. Einzig in England wird eventuell ein AKW gebaut. Und nur deshalb, weil der Staat einen garantierten Abnahmepreis von 12 Rappen für 30 Jahre garantiert, sämtliche Kosten bei einem Unfall und erst noch die Entsorgungskosten übernimmt. Das ist schwachsinnig. Der Strompreiserfall wird vor allem getrieben durch die groteske Verstromung von Kohle. Dies, weil die pseudo-marktlichen Preise für die Emission von CO₂ wegen der Kohlelobby viel zu tief sind. Das sind alles Folgen eines bizarren Marktdesigns in Europa. Es gibt nur ein Erfolgsmodell in der Stromproduktion: ein Markt, der sich an den Produktionskosten orientiert. So wie das die letzten 100 Jahre der Fall war. Da müssen wir wieder hin. Stromproduktion lässt sich nicht wie die Herstellung von Turnschuhen organisieren. Das zeigt die Lage von Alpiq und Axpo und der europäischen Stromkonzerne deutlich.

Gregor Rutz

In etlichen EU-Ländern werden Wind- und Sonnenenergie mit massiven Subventionen unterstützt. So versucht man, den Ausstieg

aus der Kernkraft zu bewerkstelligen und den bewährten Produktionsmix zu zerstören. Genau darum subventioniert Deutschland die Kohle so stark - anders wäre ein schneller Ausstieg aus der Kernkraft nie möglich gewesen. Das ist alles so unehrlich und doppelbödig. Diese Markteingriffe führen zu enormen Marktverzerrungen, und die Versorgungssicherheit leidet. Die Folgen tragen Mittelstand, Gewerbe und ländliche Regionen. Wenn wir Wettbewerb und Kostenwahrheit wollen, beerdigen wir die bünderrätliche Energiestrategie lieber heute als morgen. Unrentable Energieproduktion durch Subventionen künstlich am Leben zu erhalten, bringt doch nichts.

Jacqueline Badran

Man merkt, Sie haben sich nicht wirklich mit dem Thema befasst. Durch die Pseudo-liberalisierung in Europa hat man die Handelspreise von den effektiven Kosten entkoppelt. Das existiert sonst auf keinem richtigen Markt. Bei extrem langen Investitionszyklen und einem Zwang zur Versorgungssicherheit ist das nicht hinnehmbar. Deshalb müssen wir zurück zu einem System, das sich an den Gestehungskosten orientiert. Und genau das tun wir mit dem Zubau von Erneuerbaren mittels Investitionssicherheit schaffenden kostendeckenden Einspeisevergütungen. Das hat rein gar nichts mit Subventionen zu tun - im Gegensatz zu den Atomkraftwerken, die ihre Kosten noch nie getragen haben. Wie die Causa Alpiq ja beweist.

Gregor Rutz

Erzählen Sie doch nicht so einen Unsinn. Einspeisevergütungen sind staatliche Subventionen für alternative Energieformen, welche völlig unwirtschaftlich sind. Versorgungssicherheit wird so nicht geschaffen. Mittlerweile profitieren aber so viele Branchen vom staatlichen Geldfluss, dass alles salonfähig geworden ist. Unsere Diskussion zeigt einmal mehr: Ein Marschhalt wäre überfällig.



Nachgefragt bei

Thomas Isler

Soll in der Schweiz die Verjährung für Mord abgeschafft werden?

Politiker mögen nichts so sehr wie Forderungen nach neuen oder schärferen Regeln im Strafrecht. Das signalisiert Tatkraft, bringt Applaus von links bis rechts, kostet nichts und hat kaum konkrete Auswirkungen auf den Alltag. Es kann also nichts schiefgehen. So gesehen war es nur eine Frage der Zeit, bis jemand mit der Forderung nach einer Aufhebung der Verjährung von Mord kommen würde.

Die Verjährung wird im Strafrecht mit zwei Überlegungen begründet. Die erste ist eine eher rechtsphilosophische und besagt, dass Zeit grundsätzlich eine heilende Wirkung hat, auch im Bereich der Kriminalität. Dass Wunden vernarben, dass Täter sich ändern und dass irgendwann weitergelebt werden muss, egal wie schwerwiegend die Verletzung des Rechtsfriedens war. Der zweite Grund ist ein praktischer: Je mehr Zeit seit dem Delikt vergangen ist, desto schwieriger wird es, zuverlässige Spuren zu finden, um die Tat nachzuweisen.

Aus dem ersten Grund sind die Verjährungsfristen im Strafgesetzbuch auch abgestuft, je nach Schwere des Delikts. Für Verbrechen mit einer historischen Dimension, etwa für Völkermord, war die Verjährung schon lange ausgeschlossen. Und nach der Annahme einer entsprechenden Volksinitiative sind seit 2013 auch Sexualdelikte an Kindern unverjährbar. Nun soll Mord dazukommen, wie das Politiker verschiedener Couleur und mehrere Strafverfolger im «Sonntagsblick» fordern. Sie tun es vor allem, weil die zweite Begründung der Verjährung je länger je weniger zutrifft. Neue kriminalistische Verfahren machen es heute möglich, auch lange nach Ablauf der Verjährungsfrist Spuren auszuwerten. Es sei darum auch den Angehörigen der Opfer geschuldet, so lange wie möglich alles zu tun, um den Täter verfolgen zu können. Das ist ein nachvollziehbares Argument.

Soll man also die Verjährung für Mord abschaffen? Man kann es gestrotzt tun. Viel ändern wird es nicht. Ausser im Bewusstsein der Politiker, die denken, sie hätten ein grosses Problem gelöst.

Thomas Isler leitet den Meinungsteil der «NZZ am Sonntag».

51 Prozent

Mama ist an allem schuld!



Nicole Althaus

Mami oder Managerin - das ist die Kurzformel der Wirkung von fast 60 Jahren Emanzipation auf die weibliche Biografie. In dieser Dichotomie scheinen die Frauen auch im Jahr 2016 gefangen. Jedenfalls hat die Unvergleichbarkeit der beiden Welten pünktlich zum Internationalen Frauentag am Dienstag einmal mehr für Schlagzeilen gesorgt.

Die «Sonntags-Zeitung» klagte, den Frauen sei im Kampf um Gleichberechtigung auf halber Strecke der Schnauf ausgegangen und viele bügelten heute wieder lieber zu Hause als im Büro. Das «Magazin» liess unter dem Titel «Los, kümmert euch!» Anne Marie Slaughter, früher Kaderfrau im US-Aussenministerium, zu Wort kommen, die in ihrem neuen Buch, die Fürsorge als Verliererjob skizziert und exakt das Gegenteil beklagt, nämlich, dass jede Frau bestraft werde, die ihren Job zugunsten der Kinder an den Nagel hänge. Die «Frankfurter Allgemeine Zeitung» wiederum konstatierte, es gebe heute offenbar nur noch Mütter, die ihre Entscheidung für Kinder bereuten, und fragte lakonisch: «Stillst du noch? Bereust du schon?» Ein

wahrhaft zerrissenes Bild, das die Medienwelt da von einer Rolle zeichnet, die sonst stets für das ungebrochene, pausbäckige Glück steht. Hätte man nicht selber Kinder geboren und wüsste, dass das Muttersein wie fast alles im Leben weder ein Schleck noch der letzte Dreck ist, so müsste man sich ob dieser Nachrichtenlage schleunigst unterbinden lassen.

Vielleicht liegt genau hier das Problem, im steten Entweder-oder. Thema ist stets die Zerrissenheit zwischen Büro und Baby. All das, was man hier nicht erreicht und dort nicht erhält. Die Mutter ist zur Projektionsfigur geworden, die an allem schuld ist, was im Frauenleben und in Sachen Gleichberechtigung schiefläuft. Die Karriere kommt nicht so richtig in Gang? Das muss daran liegen, dass man täglich die Kinder in der Krippe einzusammeln hat. Die Liebe schmeckt nicht mehr so süss? Das hat sicher mit der Dauerschöpfung der Mama zu tun, die immer alles richten muss. Es gibt kaum Frauen in der Chefetage? Kein Wunder, den Müttern kommt halt der Ehrgeiz abhanden - oder sie arbeiten Teilzeit und werden übersehen.

Seit Simone de Beauvoir 1949 Mutterschaft vom Privileg zum Problem umgedeutet und auf die Formel «Mutterschaft ist die Versklavung der Frau durch die Gattung» reduziert hat, haben Hunderte von Feministinnen vor der Falle gewarnt, entschärft aber hat sie bisher keine. Die Frauenbewegung hat ein neues Frauenbild geschaffen, aber kein neues Mutterbild. Seither muss die Frau wählen: Uterus oder Hirn. Die grossen Aus-



Die Frauenbewegung hat ein neues Frauenbild geschaffen, aber kein neues Mutterbild.

hängeschilder wie Kate Millet, Simone de Beauvoir oder Alice Schwarzer wählten alle das Hirn. Wie man emanzipiert Kinder bekommt, machte keine vor. Die Frau als Mutter ist das vergessene Kapitel der Emanzipation. Doch wer schon aus dem Konzept gerät, wenn sich das Kind nicht so patent ins Leben fügt wie das Sofa in die Wohnung, wird dieses Kapitel nicht zu Ende schreiben.

Denn es stimmt: Kinderhaben ist keine Entscheidung, die man eben einmal schnell ausprobieren wie Yoga oder eine Weiterbildung im Ausland, nur um sie wieder abzustreifen, wenn man sich darin nicht gefällt. Ein Kind ist in unserer Multioptionengesellschaft die Option, die am meisten einschränkt und am längsten verpflichtet. Aber es stimmt auch, dass Mutterschaft weder für das Glück noch für das Unglück im Leben alleine verantwortlich ist. Sie macht Karriere und Partnerschaft nicht unmöglich, sondern bloss schwieriger. Emanzipation ist denn auch keine Glücksgarantie, sondern bloss die Chance, der nächsten Generation von Frauen eine Gesellschaft zu hinterlassen, in der das Entweder-oder kein Thema mehr ist. Zum Beispiel, indem man Hirn und Uterus gebraucht, in Fallen tappt, daraus lernt und das Gelernte weitergibt. Diese Option bringt nicht nur Frust, sondern auch Lust. Nennen wir es nicht Mutterglück, sondern das gute Gefühl, nicht ständig um den eigenen Bauchnabel zu kreisen.

Nicole Althaus ist Mitglied der erweiterten Chefredaktion der «NZZ am Sonntag».

Strittis Schlagzeile

Zu drohenden Abschussbefehlen der eidgenössischen Räte.



Hermann Strittmatter ist Gründer und Leiter der Werbeagentur GKK in Zürich.